



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/90

19. April 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Gewerkschaftsvorschläge - Kommentar zur DGB-Denkschrift	S.1
Künstl. Beunruhigung in Österreich	S.3
Kaisern nach den USA	S.4
SPD-Siege bei den Betriebsrätewahlen	S.5
Nazistische "Bubenstreich" - Zu den jüngsten antisemitischen Ausschreitungen	S.5

Die Gewerkschaftsvorschläge

R.D. Der Bundesausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nun endgültig "Vorschläge zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft" beschlossen und der Öffentlichkeit vorgelegt. Diese Vorschläge enthalten das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, sie sind als Grundlage einer bundesgesetzlichen Regelung gedacht, nachdem die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern in Hattenheim erfolglos abgebrochen wurden. Sie sind aber auch eine Manifestation des gewerkschaftlichen Willens gegenüber dem jetzigen Bundesarbeitsminister und früheren Gewerkschafter Storch, dessen politische Freunde die bevorstehenden Gesetzesvorlagen dieses Ministers schon im voraus im Sinne der Unternehmerwünsche interpretieren.

Diese klare Abgrenzung der Vorstellungen der Gewerkschaften war sowohl sachlich als auch zeitlich ein dringendes Erfordernis.

Den Arbeitern in den Betrieben ist damit Gelegenheit gegeben, den künftigen Rahmen ihrer Tätigkeit kennenzulernen und sich auf die bevorstehenden Aufgaben und Auseinandersetzungen mit den Gegnern der Mitbestimmung vorzubereiten; den anderen aber, die sich als Gralshüter der Unternehmerfreiheit einerseits oder als Auch-Ver-

treter von Arbeitnehmerinteressen andererseits um Verwässerung der Materie bemühen, sind damit klare Grenzen gezogen. Und es sind weitgehend politische Grenzen.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ist nicht die Sozialisierung. Sie allein wäre das wirtschaftliche und politische Selbstbestimmungsrecht der Arbeitenden über die Produktion und die Verteilung des Sozialprodukts. Mitbestimmung ist nur die gleichberechtigte Anerkennung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in der gesellschaftlichen Produktion. Diese wirtschaftliche Gleichberechtigung ist der erste positive Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Kommandostellen vor politischem Missbrauch. Das Fehlen einer solchen demokratischen Sicherung war weitgehend Ursache des Zusammenbruchs der Weimarer Demokratie - denn politische Demokratie kann auf die Dauer nur auf der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Beteiligten lebensfähig sein. Ohne sie ist Demokratie nur eine Farce, vom Wohlwollen des wirtschaftlich Mächtigen abhängig.

Alle Bemühungen, dem Unternehmer die bisher spezifische "Unternehmerfunktion" zu erhalten, sind dem Versuch gleichzusetzen, diese demokratische Farce zu konservieren, die man volkstümlich am treffendsten mit der Bezeichnung "Herr im Hause" charakterisieren kann. Die Unternehmerinitiative und Handlungsfreiheit schränkt der Gewerkschaftsentwurf in keinem Falle ein. Der Geschäftsleitung bleiben Leitung und Verantwortung, sie hat ^{sie} nur vor einem demokratischen Forum zu erfüllen, während sie bisher autoritär war. Wie sich ein verantwortlicher Minister im demokratischen Staat nicht durch das Parlament behindert fühlt, wird sich ein demokratischer Unternehmer durch die Wirtschaftsausschüsse, Kammern und Räte nicht behindert fühlen. Wenn daher bestimmte, sich demokratisch nennende Parteien Einwände gegen das Mitbestimmungsrecht erheben, so geben sie damit zu, dass die politische Demokratie für sie nur ein Aushängeschild ist. In dieser Linie liegt auch die angekündigte Klage der hessischen FDP gegen das hessische Betriebsrätegesetz.

Die ohne Mitwirkung des deutschen Volkes erfolgte Beseitigung der politischen Diktatur hat in der Wirtschaft keine Parallele gefunden. Ansätze dazu, die im ursprünglichen Gesetz 75 für die wichtigsten Grundindustrien vorhanden waren, sind inzwischen abgeschwächt worden. Auch die Gewerkschaften können die damals versäumte Revolution nicht nachholen, die in einer radikalen Form die

Wiederkehr jener Elemente verhindert hätte, die an zwei Kriegen mit schuld sind. Darum gilt es, in diesem evolutionären Zeitschnitt der neuen deutschen Demokratie auf parlamentarischen Wege die Grenzen abzustecken, innerhalb welcher die Demokratie überhaupt lebensfähig ist. Wir haben umso mehr Recht dazu, als die Erfahrungen mit gescheiterten Staats- und Lebensformen hinter uns liegen. Die Gewerkschaften haben dazu einen wertvollen Beitrag geleistet. Jetzt ist es an den Parteien, Farbe zu bekennen.

- o - o -

Künstliche Beunruhigung in Österreich

F. Wien, Mitte April

Es wurde oft darauf hingewiesen, dass Österreich nicht nur fünf offizielle Regierungen besitzt, sondern auch geheime. Wer aber den nicht-österreichischen Kräften Dienste leistet, begibt sich in grosse Gefahr. Österreichische Politiker haben wiederholt davor gewarnt, sich von der Spionage missbrauchen zu lassen. Vor einigen Tagen hat die Bundesregierung sogar einen Appell erlassen, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Der Österreicher, der sich als Spion betätigt, gefährde seine Heimat, seine Angehörigen und sich selbst. "Die ihm für diese Tätigkeit zugeworfenen Silberlinge sind kein Entgelt für die Gefahr, Schmach und Schande, die er auf sich lädt."

Immer wenn den Russen etwas schief gegangen ist, erheben sie neue Vorwürfe gegen Österreich mit dem abgedroschenen Vorwurf des Neonazismus. So war es auch wieder auf der letzten Sitzung des Alliierten Kontrollrates. Da wurde auf Wunsch des russischen Vertreters neuerdings das Thema des Wiederauflebens des Nationalsozialismus erörtert. Der britische Hochkommissar, General Winterton, erklärte, er habe die Russen mehrere Male aufgefordert, konkretes Material zur Unterstützung ihrer Anschuldigungen zu erbringen. Dies sei nicht geschehen. Er sprach die Meinung aus, die neuerliche sowjetische Erklärung "scheine lediglich dazu bestimmt zu sein, die österreichische Regierung und das österreichische Volk zu diskreditieren". Das bestätigt auch die kommunistische Presse. Anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages der Eroberung Wiens durch die Russen 1945 brachte die "Krasnaja Swesda" einen Artikel mit einer Fülle von Anschuldigungen gegen Österreich. Den Führern der beiden Regierungsparteien, der Volkspartei und den Sozialisten, wird darin vor-

geworfen, sie hätten die Freiheit und Unabhängigkeit des Staates um das Linsengericht des Marshall-Planes verkauft, sie hätten ihr Versprechen, eine neue demokratische Verfassung auszuarbeiten (1), nicht eingehalten; die Regierung nehme sich der Kriegsverbrecher und Faschisten "in wahrhaft rührender Weise" an, anstatt sie zu bestrafen...

Innenminister Helmer fühlte sich veranlasst, gegen eine Reihe von Meldungen Stellung zu nehmen, die in der letzten Zeit über

Österreich verbreitet werden. So bezeichnete er die Nachricht, im Westen würden neue Militärflugplätze gebaut, als frei erfunden.

"Die österreichische Bevölkerung wäre wahrhaft dankbar," sagte er, "wenn es gelänge, die von den Nazis während des Krieges errichteten

Flugplätze wieder für die landwirtschaftliche Nutzung zurückzugewinnen". Andere "Nachrichten" besagten, dass in Tirol Festungsbau-

ten aufgeführt und in Steiermark und Kärnten eine aus Ausländern bestehende Armee aufgestellt werde. Den Vogel schoss eine Wiener

Wochenzeitung ab. Sie berichtete, in Österreich handle man mit "in Kisten verpackten kompletten Waffenfabriken", "400 Bombern"

und "2 U-Booten samt Besatzung" usw. Die Absicht, die mit diesen lancierten Meldungen verbunden wird, ist klar. Man will der

österreichischen Aussenpolitik durch Schaffung einer unfreundlichen Atmosphäre die an sich schwierigen Arbeiten erschweren. Deshalb sah

sich das Innenministerium veranlasst, sich mit diesen lächerlichen Behauptungen zu befassen. Es betonte in einer Erklärung: "Es er-

scheint umso bedauerlicher, dass sich Österreicher dazu hergeben, auf diese unverantwortliche Weise ihr eigenes Vaterland im In- und

Ausland in Verruf zu bringen". Auch die erfundene Sensation ist ein Mittel im Nervenkrieg.

- 0 - 0 -

Kaisen nach den USA abgeflogen

sp. Senatspräsident Wilhelm Kaisen, Bremen, ist aufgrund einer Einladung der amerikanischen Regierung zu einer sechswöchigen Reise durch die USA abgeflogen. Besprechungen über vornehmlich wirtschaftliche Fragen, insbesondere Fragen des Schiffbaues und des Schiffverkehrs werden u.a. mit Präsident Truman, Aussenminister Acheson, dem Marshall-Administrator Hoffman, dem aussenpolitischen Berater Achesons, John Foster Dulles, gepflogen werden. Kaisen wird auch auf einer Versammlung der Gouverneure sämtlicher US-Staaten sprechen.

- 0 - 0 -

Überall SPD-Siege bei Betriebsrätewahlen

sp. Die Betriebsrätewahlen im Bundesgebiet sind noch im vollen Gange. Die bisher bereits vorliegenden Meldungen aus zahlreichen Mittel- und Grossbetrieben lassen aber heute schon die Stimmung und die Gruppierung der politischen Kräfte in den Betrieben erkennen.

Aus den vielen vorliegenden Meldungen bringen wir einige charakteristische Ergebnisse:

Bei den drei Continental-Betrieben in Hannover wurden im vorigen Jahr 33 SPD- und 15 KP-Betriebsräte gewählt, in diesem Jahr 37 SPD, 7 KP und ein Parteiloser.

Bei der Ilseder Hütte in Peine im vorigen Jahr 10 SPD, 1 KP, 1 CDU, in diesem Jahr ausschliesslich 12 SPD.

Bei den Wilke-Werken in Braunschweig im vorigen Jahr 2 SPD, 5 KP und ein Parteiloser, in diesem Jahr 4 SPD, 3 KP und ein Parteiloser.

Bei Büssing-MAG, Braunschweig im vorigen Jahr 12 SPD, 2 KP, in diesem Jahr 13 SPD, ein KP.

Bei den Eisenwerken Mülheim-Weiderich gab es im vorigen Jahr 8 KP-Mandate, 2 Parteilose und kein SPD-Mandat. In diesem Jahr verteilen sich die Mandate wie folgt: 4 KP, 3 SPD, 2 CDU und ein Parteiloser.

Bei der August-Thyssen-Hütte und beim August-Thyssen-Gemeinschaftsbetrieb, Duisburg wurden in diesem Jahr 16 SPD-Männer gewählt (im Vorjahr 14), die KP erhielt gleichbleibend zwei Mandate, während von der CDU in diesem Jahr drei und auch drei Parteilose gegenüber je 1 im Vorjahr gewählt wurden.

Von insgesamt 125 im Kreise Duisburg gemeldeten und gewählten Betriebsräten entfielen in diesem Jahr auf die SPD 79 (i.V.67), auf die KP 15 (16), auf die CDU 15 (13), auf die Parteilosen 16 (15).

Aus vier Betrieben in Dortmund, darunter die bedeutende "Dortmunder Union" liegen Ergebnisse über insgesamt 45 gewählte Betriebsräte vor. Davon erhielt die SPD 32 (i.V.22), KP 7 (6), Parteilose 6 (10).

- o - o -

Nazistische "Eubenstreiche"

Dr.K. Das Schicksal der deutschen Bundesrepublik liegt nicht nur in den Händen der alliierten Staatsmänner; die Konzeptionen

zur Deutschlandpolitik, die in London, Washington und Paris gefasst werden, sind in manchen Rückstrahlungen aus dem öffentli-

chen Leben unserer Länder und Städte. Die offiziellsten Beteuerungen deutscher Regierungs- und Parteivertreter über unsere Fried-

fertigkeit und Bereitschaft zur demokratischen Völkergemeinschaft sind von geringem Gewicht, wenn das Verhalten einer Anzahl verantwortlicher Staatsbürger sie nicht zu bestätigen scheint.

So soll man nicht etwa annehmen, dass eine Denkschrift des "Jüdischen Weltkongresses" an das US-Außenministerium, die ein bestimmtes Fazit aus politischen Symptomen der jüngsten deutschen Vergangenheit zieht, ohne jede Wirkung bleiben muss. In dem Memorandum wird die Bildung einer deutschen Bundesregierung und die gleichzeitig damit erfolgte Lockerung der alliierten Kontrolle scharf kritisiert und für das "beunruhigende Aufleben von Nazitendenzen" verantwortlich gemacht. Diese Kritik erhellt die Tragik der Situation der deutschen Demokratie: Die dem Westen hasserfüllt gegenüberstehenden Nazis in Deutschland versuchen heute, die Massen des Volkes mit den Reaktionen zu gewinnen, die aus der kurz-sichtigen Demontage- und Annektionspolitik sowie aus ungerechtfertigten Wirtschaftsbeschränkungen der Alliierten entstehen. Aufgabe aller verantwortungsbewussten deutschen Politiker muss sein, bei ihren natürlichen Bundesgenossen im Westen darauf zu dringen, dass die Demokratie in Deutschland durch internationale Gleichberechtigung stark gemacht wird. Die Nazis hingegen zetteln bewusst nationalistische und antisemitische Kundgebungen an, um im Ausland gerade solche Reaktionen wie die des Jüdischen Kongresses zu erzeugen. Denn so werden die Demokraten in Amerika und England ungewollt mit zu Totengräbern an der Demokratie in Deutschland.

Es hat sich gezeigt, dass es keinen Sinn hat, die Methoden der Nazis so durchkreuzen zu wollen, dass man die Kette der moralischen Verbrechen und Provokationen besonders gegen das Judentum zu bagatellisieren versucht. Schärfstes offenes Vorgehen und Wachsamkeit verlangt gerade das gutwillige deutsche Volk gegenüber jenen böswilligen Radauelementen und ihren Hintermännern von jedem,

der für öffentliche Sicherheit und Ordnung verantwortlich ist. Der Vorsitzende im Hamburger Harlan-Prozess hat darin jedoch versagt, wenn er nicht genügend Vorkehrungen getroffen hat, um diejenigen, die eine Zeugin "Judensau" nannten und tätlich angriffen, festzustellen. Die gleiche lasche und für Demokraten selbstmörderische Mentalität spricht aus einem Göttinger Polizeibericht der jüngsten Schändung eines jüdischen Friedhofes. Darin heisst es, es sei noch nicht geklärt, ob die Tat eine antisemitische Ausschreitung oder nur einen Jungenstreich darstelle. Wenn wir alle nicht ernst mit der Sicherung unserer demokratischen Lebensform machen, wird man tödliche Bubenstreiche mit uns spielen und der Westen wird uns nicht davor bewahren können.

- o - o -

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt